

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT
Zl. 01041/08-Pr.5/82

WIEN, 1982-02-16

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR.
Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Ge-
nossen, Nr. 1649/J, vom 18.
Dezember 1981, betreffend Über-
stundenleistungen im Bereich
der Bundesverwaltung.

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Anton B e n y a

1634 IAB
1982 -02- 17
zu 1649 J

Parlament
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen, Nr. 1649/J, betreffend Überstundenleistungen im Bereich der Bundesverwaltung, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1:

Bei der vom Bundesminister für soziale Verwaltung angestellten Überlegung handelt es sich um eine von mehreren Denkanstößen, um grundsätzliche Lösungsvarianten zur Problematik der Arbeitsplatzsicherung zur Diskussion zu stellen.

- 2 -

ad 2 bis 5:

Das Gesamtausmaß der im Jahre 1980 (in den ersten drei Quartalen 1981) von Beamten und Vertragsbediensteten geleisteten Überstunden betrug 364.986 (275.301). Davon entfielen auf die Zentralleitung 81.541 (63.028). Von den im Bereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft tätigen Lehrern wurden insgesamt 18.414 (11.319) Jahreswochenstunden als Mehrdienstleistungen abgegeben.

Der Gesamtbetrag der für die im Jahre 1980 (in den ersten drei Quartalen 1981) erbrachten Mehrdienstleistungen, die in der Budgetpost 5650 angeführt sind, betrug S 61,162.353,-- (47,140.062,-).

Aufgrund der zur Verfügung stehenden Unterlagen des Bundesrechnamtes kann zwar die der Bezahlung der Überstunden zugrunde gelegte Anzahl bekannt gegeben werden, ein ähnlicher Rückschluß ist bei den anderen Arten der Ausgaben der Budgetpost 5650 ebenso unmöglich wie eine hypothetische Beantwortung der Frage 5.

ad 6 bis 8:

Bei diesen Fragen handelt es sich um eine generelle, nicht nur den Bereich meines Ressorts betreffende Angelegenheit, die sehr wesentlich die Interessen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes berührt. Gespräche mit diesen Gewerkschaften über generelle Probleme des öffentlichen Dienstes finden laufend statt. Ich möchte auch unterstreichen, daß bei der Erstellung des jeweiligen Stellenplanes für das kommende Jahr nach sparsamsten Gesichtspunkten vorgegangen wird. Die Schaffung von Planstellen anstelle der Leistung von Überstunden müßte zwangsläufig zu einer Erhöhung der Planstellen führen. Damit würde nicht nur das Gegenteil dessen eintreten, was von den Oppositionsparteien dauernd gefordert wird - nämlich die Reduzierung der Planstellen -, es würde auch ein wesentliches Element der Flexibilität der öffentlichen Verwaltung

- 3 -

- 3 -

verloren gehen.

ad 9:

Wie ich schon zur Frage 1 ausgeführt habe, sehe ich die Überlegung von Bundesminister Dallinger als einen Denkanstoß, eine Quantifizierung allfälliger finanzieller Belastungen ist derzeit nicht möglich.

Der Bundesminister

